

Karl Georg Zinn

Keynes als Alternative(r)?

„Denn unser ökonomisches System gestattet uns tatsächlich nicht, den höchsten Stand ökonomischer Wohlfahrt zu erreichen, der durch den Fortschritt unserer Technik ermöglicht wird, sondern bleibt weit dahinter zurück und läßt in uns das Empfinden aufkommen, daß wir den Ertrag besser hätten verwenden können.“ Keynes, 1933, S.159.

Weder links noch rechts – oder sowohl als auch: Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence

Das Thema wirft die Frage auf, inwiefern Keynes bzw. die Keynesische Theorie als Alternative zu welcher anderen wirtschaftspolitischen und theoretischen Position zu verstehen ist. Vom Rahmenthema der Tagung her liegt es auf der Hand, dass es um eine Alternative zum (Neo-) Liberalismus geht. Doch Keynes kann auch als Alternative zur Marxschen Kapitalismusanalyse gelten, und in diesem Sinn wurde der Keynesianismus zumindest in der Vergangenheit von marxistischen Positionen aus auch heftig kritisiert. Der Hauptvorwurf lief darauf hinaus, dass Keynesische Beschäftigungspolitik die Krise des Kapitalismus in einem Maße abschwächte, dass der Zusammenbruch des Systems wenn nicht abgewehrt, so doch erheblich verzögert würde. Immerhin steckte in dieser Kritik das Zugeständnis an Keynes, dass seine therapeutischen Mittel für den angeblich todkranken Kapitalismus wirken. Seinerseits nahm Keynes gegenüber dem Marxismus kein Blatt vor den Mund. Seine negative Einschätzung des Marxismus mag auch auf Vorurteil begründet gewesen sein, denn er hat sich nie zu einer eingehenden Marx-Lektüre verstanden, aber Keynes' Marx-Aversion sollte nicht als eine prinzipiell antisozialistische Haltung missdeutet werden, wie noch näher begründet wird. Die linke Kritik an Keynes als Arzt am Bett des kranken Kapitalismus ist heute kaum noch relevant. Umso heftiger wird der Keynesianismus von rechts, d. h. von wirtschaftsliberalistischen Positionen aus bekämpft, und dem originären Keynesianismus wird vorgeworfen, auf dem Weg massiven Staatsinterventionismus' dem Sozialismus das Einfallstor zu öffnen, ja für manche Keynes-Kritiker gehört Keynes ohnehin ins sozialistische Lager. Jedenfalls richtete sich die neoliberalistische Gegenrevolution, die an der Universität Chicago seit den 1950er Jahren von Milton Friedman vorbereitet wurde und deren ideelle Fundierung Friedrich A. von Hayek und „seine“ Mont Pèlerin Society lieferten (Walpen, 2004) gegen Keynes und die „gemischte Wirtschaftsordnung“ (mixed economy) – und nicht gegen irgendwelche marxistischen Schulen (Klein, 2007, S. 80 passim). Mit Berufung auf die klassischen Ökonomen meinte L. Albert Hahn, einer der zentralen Autoren des frühen Neoliberalismus, Keynes nicht nur vorwerfen zu dürfen, er folge illusionären Ideen, sondern Keynes' Ideen seien insgesamt eine „Wirtschaftstheorie der Illusion“ („economics of illusion“; Hahn, 1947/1949, S. 166). Immer

wieder wurde dem Keynesianismus bis heute vorgehalten, beschäftigungspolitisch allenfalls ein kurzes Strohfeuer zu entzünden, aber damit eine dauerhafte Inflationierung zu provozieren, an deren Ende der Zusammenbruch der Währung stünde. Es war Milton Friedman, der die „langfristige“ Phillipskurve erfand, um mit dieser Fiktion die empirisch zweifelsfrei bestätigte Gegenläufigkeit von Inflation und Arbeitslosenquote zu attackieren. Dieser als Phillips-Kurve bekannte trade-off hatte den Bundeskanzler Helmut Schmidt zu der dann viel gescholtenen Äußerung bewogen, dass ihn 5 % Inflation weniger schmerzten als 5 % Arbeitslosigkeit. Eingedenk der historischen Inflationsschrecken des deutschen Volkes verfängt der Inflationsvorwurf an die Adresse Keynes' in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Er dient als Allzweckwaffe der wirtschaftsliberalistischen Anti-Interventionisten und wurde schon während der Großen Depression der 1930er Jahre gegen staatliche Nachfragepolitik mobilisiert (Zinn, 2006, 205 ff. passim). Beim Thema „Keynes als Alternative(r)“ kommt selbstverständlich zuerst die landläufig als „Keynesianismus“ bekannte, vom Neoliberalismus vehement bekämpfte, antizyklische Defizitpolitik ins Bewusstsein. Doch dies ist eine bei weitem zu enge Sicht. Denn gerade für die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus haben jene Überlegungen Keynes' vorrangige Bedeutung, die im Kontext seiner Langfristprognose zu sinkenden Wachstumsraten und zum Übergang in eine Stagnation entwickelt wurden; Überlegungen, die auch heute noch wenig bekannt sind. Diese Analysen zur Langfristentwicklung des Kapitalismus finden sich zwar vorwiegend in Texten, die erst nach der „Allgemeinen Theorie“, also nach 1936, geschrieben wurden, aber was dort ausführlich dargestellt und auf der Grundlage der bereits ausgearbeiteten Theorie mit fundierten Argumenten vorgetragen wurde, findet sich in ersten Andeutungen und Spuren bereits sehr viel früher. Keynes als „Alternative“ zum heutigen Mainstream vorzustellen, sollte sich daher nicht auf die Wiedergabe der einschlägigen Arbeiten des Keynes der „General Theory and after“ beschränken. Ich werde deshalb im Folgenden auch auf die relativ frühe Kritik Keynes' am orthodoxen Wirtschaftsliberalismus eingehen und daran zu zeigen versuchen, dass Keynes in seiner Grundeinstellung, und zwar sowohl als Theoretiker als auch als „Moralphilosoph“, schon lange vor dem, was dann später die „Keynessche Revolution“ genannt wurde, zu den „progressiven“ Denkern der politischen Ökonomie gehörte.

Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie

Die neoliberale Keynes-Kritik ist so alt wie der Neoliberalismus (vgl. Hahn, 1949, als zusammenfassend und repräsentativ für die neoliberale Keynes-Kritik). Seine Ursprünge sind auf den Anfang der 1930er Jahre zu datieren. Der Neoliberalismus entstand als Reaktion auf den katastrophalen Ansehensverlust des Wirtschaftsliberalismus infolge der Großen Depression (Ptak, 2004; Walpen, 2004), und die damaligen Keynes-Gegner haben die bis heute gegen Keynes geltend

gemachten Einwände in wesentlichen Punkten bereits vorweg genommen. Die frühen Angriffe des orthodoxen Wirtschaftsliberalismus gegen Keynes konnten nicht überraschen, denn Keynes hatte sich bereits in den 1920er Jahren, vor dem weltwirtschaftlichen Zusammenbruch 1929, äußerst kritisch gegen die wirtschaftsliberalistischen Politikkonzepte, d. h. gegen die Laissez-faire-Einstellung, gewandt. Unter anderem umriss Keynes in dem 1926 veröffentlichten Aufsatz „Das Ende des Laissez-faire“ (Keynes, 1926) die Vulgarisierung des staatsphilosophischen Individualismus des 17. Jahrhunderts zur „Religion der Nationalökonomien!“ des 19. Jahrhunderts (ebenda, S. 104): „Das Dogma (der harmonischen Wirkung des Laissez-faire-Systems; KGZ) hatte den Erziehungsapparat erobert; es war zu einer Fabelweisheit geworden“ (ebenda). Für Keynes stellte das Laissez-faire-Dogma nur noch einen naiven Kinderglauben mit bösen sozialökonomischen Folgen dar:

„Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zufolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugrasen, und der beste Weg dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zulässt, daß die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern“ (ebenda, S. 106).

Der quasi religiöse Glaube an die harmonische Heilswirkung des Laissez-faire ist Metaphysik – keine Wissenschaft. Wer, wie Keynes, dagegen argumentiert, dies auch noch im polemischen Tonfall zu tun wagt, gehört als Ketzer auf den Scheiterhaufen. Heute werden die Kritiker der heilig gehaltenen Orthodoxie in den demokratischen Staaten zwar nicht mehr verbrannt (in den von der Chicago-Schule Milton Friedman´s betreuten „Transformationsstaaten“ bietet sich ein ganz anderes Bild), aber ihre Lehre zu verketzern und ihnen den Weg auf einen Lehrstuhl fast unmöglich zu machen, ist durchaus gang und gäbe (Heise, 2007). Keynes war sich bewusst, dass er sich mit seinem vor mehr als acht Jahrzehnten publizierten Text „in die Höhle des schlafenden Ungeheuers gewagt“ hatte (ebenda, S. 110), und das heute wieder sehr lebendige „Ungeheuer“, die orthodoxe Wirtschaftslehre des Kapitalismus, verübelt dem respektlosen Linksabweichler Keynes seine souveräne Kritik an der neoliberalen Metaphysik umso mehr, als ihm die Geschichte immer wieder Recht gegeben hat. Es ist jedoch naiv zu meinen, der gegenwärtige „Erfolg“ der neoliberalistischen Lehre verdanke sich auch nur vorwiegend ihrer wissenschaftlichen Überzeugungskraft oder gar empirischer Bestätigung ihrer Heilsversprechen. Ökonomische Theorien sind das Material, aus dem Ideologien gezimmert werden, und Ideologien sind an Interessen gebundene Weltdeutungen. Wer über die Macht verfügt, und das heißt heute vor allem über die finanziellen Mittel, dominiert nicht nur die Massenmedien, sondern kanalisiert auch auf subtilere Weise das Denken und das Bewusstsein – nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch weiter Teile der käuflichen Intelligenz. Die Funktion von Krisen, die von der orthodoxen Ökonomik schon immer als

„Reinigungsprozesse“ und „schöpferische Zerstörung“ (J. A. Schumpeter) beschönigt wurden, bedarf einer revidierten Interpretation: die Krisen sind zwar zutreffend als zwangsläufige Folge der kapitalistischen Entwicklung zu erklären, aber die Krise bereitet nicht den Weg in den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern schafft die Voraussetzungen, um Volkswirtschaft, Gesellschaft und Staat in den neuen, privatkapitalistischen Feudalismus zu transformieren (vgl. hierzu u. a. die materialreiche Darstellung von Klein, 2007). Die Keynesische Konzeption eines sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus hat sich bewährt, und gerade gegen die daraus erwachsene historische Überzeugungskraft mussten der Neoliberalismus, genauer: die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen alle legalen und illegalen Mittel einsetzen, um die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Ost-Wet-Konflikt katalysierte wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsrichtung abzubrechen. Der Keynesianismus instrumentalisiert den Kapitalismus zugunsten sozialstaatlicher Verhältnisse, zugunsten der Vollbeschäftigung und verschafft damit den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen Verhandlungsstärke und Durchsetzungsmacht für ihre Belange. Eine ungebrochene Fortsetzung dieser Entwicklung hätte durchaus Voraussetzungen für eine allmähliche Ablösung des Kapitalismus durch eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation schaffen können. Es konnte also gar nicht überraschen, dass der neue Kapitalismus der transnationalen Konzerne und der Finanzagenten jenem Prozess einer sukzessiven Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch keynesianisch inspirierte Sozialstaatlichkeit entgegentrat und dem Sozialstaat sowie dem Keynesianismus den Krieg erklärte.

Keynes' liberaler Sozialismus

Hier kann nicht ausführlicher auf den für das kritische Denken Keynes' so aufschlussreichen Text zum „Ende des Laissez-faire“ eingegangen werden, aber er signalisierte bereits die spätere Fundamentalkritik an der wirtschaftsliberalen Orthodoxie und ihrer wissenschaftlichen Unaufrichtigkeit beim Umgang mit den realen Produktionsverhältnissen. Die ideologische Meinung überlagert die wissenschaftliche Einsicht. Keynes bemerkte hierzu:

„Überdies sind viele von ihnen (den orthodoxen Nationalökonomern; KGZ)) auch wenn sie einsehen, daß ihre vereinfachte Hypothese den Tatsachen nicht genau entspricht, der Meinung, sie stelle jedenfalls den „natürlichen“ und darum idealen Zustand dar. Sie betrachten die vereinfachte Hypothese als das Gesunde und die weiteren Komplikationen als Krankheitserscheinungen“ (ebenda, S. 107).

Wie erwähnt, kann Keynes nicht als Anti-Sozialist charakterisiert werden. Vielmehr zeigen seine Wertvorstellungen – etwa in Verteilungsfragen, in Bezug auf staatliche Beschäftigungssicherung, bezüglich der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch „halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls

handeln“ (Keynes, 1926, S.113) – hohe Affinität zu sozialistischen Vorstellungen im weiten Sinn:

„Ich tadele den doktrinären Staatssozialismus nicht deshalb, weil er die altruistischen Triebe des Menschen in den Dienst der Gesellschaft stellen will, oder weil er sich von dem *laissez-faire* abwendet, oder weil er dem Menschen die Freiheit nimmt, eine Million zu verdienen, oder weil er den Mut zu kühnen Experimenten aufbringt. Alle diese Dinge kann ich nur gutheißen. Ich tadele ihn, weil er die Bedeutung der aktuellen Ereignisse verkennt, weil er in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als das verstaubte Überbleibsel eines Plans, der auf die Lösung der Probleme vor fünfzig Jahren zugeschnitten war, und sich auf einem Missverständnis dessen aufbaut, was jemand vor hundert Jahren gesagt hatte“ (Keynes, 1926, S.113).

Man mag das als Bekenntnis zu sozialistischen Wertvorstellungen interpretieren oder auch nur als die Position eines toleranten Sozialliberalen; in jedem Fall zeigt sich, dass Keynes schon in frühen Jahren, noch ehe er als DER Nationalökonom des 20. Jahrhunderts anerkannt wurde, von der orthodoxen Schule als gefährlicher Opponent wahrgenommen werden musste. Und daran hat sich bis heute nichts geändert; im Gegenteil bedeutet der Keynesianismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die stärkste wirtschaftstheoretische und ideologische Bedrohung für die neoliberale Gegenreformation. Große (Wirtschafts-)Krisen zu verhindern, wofür die Keynesische Theorie sachgerechte Mittel bereitstellt, liegt nicht mehr im Interesse des heutigen Kapitalismus'. Die Krisen der vergangenen 20 bis 30 Jahre haben weltweit gezeigt, dass sie „notwendig“ waren, um die Politik des Kapitals durchzusetzen: Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung sowie Militarisierung, Repression und Überwachung. Menschenrechte und Demokratie sind nicht nur gefährdet, sondern wurden im Interesse der globalen Strategie des Kapitals vielerorts außer kraft gesetzt. Der Keynesianismus ist deshalb weit mehr als eine wirtschaftstheoretische Gegenposition zum Neoliberalismus; er ist die demokratische Alternative zur folter- und schießwütigen Inquisition des gegenwärtigen Kapitalismus, zum praktizierten „Pinochetismus“ der Kapitalstrategie der Gegenwart.

Es würde hier zu weit führen, auf Keynes durchaus differenzierte Beurteilung der Vorteile und der Fehler seiner sozialistischen Zeitgenossen einzugehen, aber es würde sich zeigen, dass Keynes' Urteilskraft, sein analytisches Gespür, seine prognostische Fähigkeit, die selbst gestellten Fallen und das Versagen dogmatisch verfestigter Positionen vorausschauend einschätzen zu können, sich auch im Fall des Marxismus-Leninismus bewährte; so wie es sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus bewährt(e) und wie sich Keynes' Verdammungsurteil über die nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich auferlegten Reparationslasten und seine Vorhersage zu deren verheerenden politischen Folgen als zutreffend erwiesen.

Das „Sozialistische“ im Keynesschen Denken kann vor allem in seiner Aufwertung der

wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit, der sozial- und beschäftigungspolitisch regulierenden Intervention, gesehen werden. Auch die später ausgearbeitete „Allgemeine Theorie“ schockiert(e) die Liberalisten vor allem wegen des Staatsinterventionismus, den Keynes bis zur „Sozialisierung“ der Investitionstätigkeit vorantreiben wollte, wie er im Schlusskapitel der „Allgemeinen Theorie“ ausführte (Keynes, 1926/2006, S. 314 ff.). In der zitierten Schrift von 1926 formuliert Keynes seine auch später vertretende Grundposition wie folgt:

„Die wichtigsten *Agenda* des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die *niemand* trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, daß er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern daß er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden“ (Keynes, 1926, S.113).

Auch ein zweiter zentraler Grundgedanke des Keynesischen Systems findet sich bereits in den Ausführungen von 1926, nämlich die Frage, in welchem Umfang das Sparen volkswirtschaftlich sinnvoll ist und wie die Ersparnisse im Interesse der Gesellschaft verwandt werden sollten:

„Ich glaube, daß wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen; ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt. Ich glaube, man sollte diese Dinge nicht ganz und gar dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinns überlassen, wie es heutzutage der Fall ist“ (ebenda, S.114).

Vollbeschäftigung muss hergestellt werden – der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet

Auf eine Kurzformel gebracht lässt sich die beschäftigungspolitische Empfehlung Keynes' auf die Forderung bringen: Sorge für hinreichende Nachfrage durch makroökonomische Steuerung und überlasse die Allokation im Einzelnen den Marktprozessen!

Nicht der Mangel an Produktionsfähigkeit, an Unzulänglichkeiten der Angebotsseite verhindern Vollbeschäftigung, sondern hoch entwickelte, reife kapitalistische Ökonomien leiden unter einer Diskrepanz zwischen Produktionspotential und auslastender Nachfrage. Für Keynes stand fest, dass dieses Problem einer „deflatorischen Lücke“ nur durch staatliche Intervention gelöst werden kann. Ich verzichte hier darauf, die Keynesische Theorie genauer darzulegen, zumal allgemein bekannt sein dürfte, dass es ihm um den Nachweis ging, dass mit steigendem Durchschnittseinkommen einerseits die Ersparnisse in der Regel sogar überproportional steigen, dass andererseits die freiwillige Investition die auf Vollbeschäftigungsniveau anfallende Ersparnis nicht mehr absorbiert.

Als Folge kommt es zur Kontraktion und dem von Keynes als „Unterbeschäftigungsgleichgewicht“ bezeichneten Dauerzustand. Nachfragepolitik ist also nicht nur als Kompensationsmaßnahme gegen konjunkturelle Schwankungen geboten, sondern – je nach Lage – ein ständiges Erfordernis, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Soviel zum herkömmlichen, allgemein verbreiteten Verständnis des „Keynesianismus“.

Doch das Nachfrageproblem verändert im Laufe friedenswirtschaftlicher Entwicklung seine Dimension. Bereits 1928/1930 (Keynes, 1928/1930) äußert Keynes die zuversichtliche Erwartung, dass in drei Generationen, also von damals an gerechnet in etwa 90 Jahren (= 2020) der technische Fortschritt soweit voran gekommen sein werde, dass das alte Knappheitsproblem gelöst werden könnte. Wachstum leiste dann selbst bei relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung kaum noch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand. Diese Überlegung, in der die spätere Stagnationsthese rudimentär aufscheint, wurde 1937 konkreter ausformuliert und mündete in der Langfristprognose von 1943 (Keynes 1937 und 1943). Im Auftrag der englischen Regierung legte Keynes im Mai 1943 ein Resümee seiner Gedanken zur langfristigen Entwicklung nach Kriegsende vor. Er sah drei Phasen vorher:

1. Die Wiederaufbauphase, in der hoher Investitions- und Konsumbedarf inflationäre Anspannung brächten, aber auch Wachstum und Beschäftigung expandierten.
2. Die zweite Phase, in der der Nachholbedarf gedeckt wäre und inflationäre Kräfte kein größeres Problem mehr darstellten, zugleich aber noch Vollbeschäftigung herrschte, wobei konjunkturelle Schwankungen mit Hilfe antizyklischer Politik ausgeglichen werden könnten.
3. Die dritte Phase brächte jedoch ein anhaltend niedriges Wachstum, das nicht mehr ausreichte, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Keynes' Stagnationsprognose wurde wenige Jahre später, 1949, von Jean Fourastié ohne Rückgriff auf die Keynes'schen Vorgaben quasi wiederholt (Fourastié, 1954). In der Stagnationsbegründung stimmen die beiden Autoren weitgehend überein. Ursache für die Wachstumsreduktion wäre die nachlassende Konsumdynamik und die ihr folgende Einschränkung der Erweiterungsinvestitionen. Keynes hielt es sogar für möglich, dass der Investitionsbedarf ausschließlich aus den Abschreibungen gedeckt würde. Es versteht sich, dass Ersatzinvestitionen auf technologisch fortgeschrittenem Niveau stattfinden, so dass es beim technischen Fortschritt, d. h. weiteren Produktivitätssteigerungen bliebe. Für diese dritte Phase des Übergangs zur Stagnation sah Keynes neben temporär wachstumswirksamen Maßnahmen zur gleichmäßigen Einkommens- bzw. Kaufkraftverteilung und zur Ausweitung der öffentlichen Leistungen als die einzige auf Dauer wirksame, aber auch unter Wohlstandsgesichtspunkten sinnvolle beschäftigungspolitische Strategie die Verkürzung der

Arbeitszeit. Keynes Skepsis über die anhaltende Wohlstandswirkung des Einkommenswachstums wurde lange nach seinem Tod durch das Easterlin-Paradoxon und die daran anschließenden Untersuchungen bestätigt (Easterlin, 1974; Di Tella/MacCulloch, 2006), die empirisch nachwies, dass die positive Korrelation zwischen Einkommenswachstum und subjektiver Zufriedenheit (Glückswahrnehmung) zwar beim Aufstieg aus der Armut bis auf einen komfortablen Lebensstand voll und ganz den plausiblen Erwartungen entspricht, aber bei weiteren Einkommenserhöhungen kaum noch Verbesserungen der subjektiv empfundenen Lebensqualität festzustellen sind.

Es ist offenkundig, dass Keynes zwar nachfragepolitisch gefördertes Wachstum befürwortete, aber die Einschränkung machte, dass dies nur solange Sinn hätte, als damit noch merkliche Wohlstandssteigerungen zu erreichen sind. Auf längere Sicht hielt er hingegen die Stagnation für unausweichlich und damit auch eine Umorientierung weg vom Wachstum hin zu kürzeren Arbeitszeiten. Dass es sich um Alternativen zu den gegenwärtig vorherrschenden Auffassungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft handelt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Keynesische Langfristprognose widerlegt aber auch die ökologischen Keynes-Kritiker, die ihm aus Unkenntnis seines Gesamtwerkes vorwerfen, Keynesianische Beschäftigungspolitik laufe auch nur auf Wachstumsfetischismus hinaus.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Keynes' Langfristprognose die Situation von heute überhaupt noch zutreffend abbildet. Zutreffend war/ist seine Vorhersage sinkender Wachstumsraten und der damit einher gehenden Massenarbeitslosigkeit, sofern eben nicht sachgerechte Gegenmaßnahmen erfolgen. Sachgerecht im Sinne Keynes' wäre das rechtzeitige Umsteuern auf Nachfragepolitik gewesen, also seit Beginn der 1980er Jahre. Das Gegenteil wurde bekanntlich getan. Insofern hat aus Keynescher Sicht die praktizierte Wirtschaftspolitik nicht nur versäumt, das Richtige zu tun, sondern die krisenhafte Entwicklung wurde durch die einseitige Angebotspolitik noch verschärft. Selbst wenn die Regierungen der OECD-Länder bereit wären, innerhalb kurzer Zeit der Keynesischen Konzeption zu folgen, so ließen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen. Die infolge der Massenarbeitslosigkeit verlorene Wertschöpfung, die durch Arbeitslosigkeit zerstörten Lebensläufe, die somatischen und psychischen Belastungen und Erkrankungen, die soziale Armut, die aus Arbeitslosigkeit häufig folgt – alle diese Vergehen gegen die Menschenrechte sind irreversible Fakten. Doch für die Zukunft könnte die Keynesische Rezeptur helfen, das Beschäftigungsproblem zu lösen und damit auch die Vielzahl von Folgeproblemen der Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Dass es trotz Globalisierung und trotz der wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der meisten Regierungen der OECD-Länder zur Zeit noch möglich ist, annähernd Vollbeschäftigung zu erreichen und den Sozialstaat zu bewahren, zeigen

die skandinavischen Länder, insbesondere das schwedische Modell. Sie geben den schlagenden Beweis für die Machbarkeit von Vollbeschäftigung und Sozialstaatlichkeit. Das ist mehr als nur ein Dorn im Auge der Neoliberalen und ihrer politischen Marionettenspieler. Es lag und liegt in der Logik der neoliberalistischen Strategie, das skandinavische Modell ideologisch zu desavouieren und nach Wegen zu suchen, es in eine große Krise zu manövrieren, um es für den marktradikalen Ein- und Durchmarsch kapitulationsreif zu machen. Wie bereits ausgeführt wurde, geht es in der Auseinandersetzung über die „richtige“ Wirtschaftspolitik im Grunde gar nicht mehr um Vernunft, Humanität und Wahrheit, sondern es findet ein brutaler Machtkampf statt. Die quasi wirtschaftswissenschaftliche Debatte könnte also auch als raffiniertes Ablenkungsmanöver verstanden werden, das der Öffentlichkeit und auch den gutgläubigen Politikern, von denen es wahrscheinlich doch mehr gibt, als die Politikverdrossenen vermuten, nur vorgaukelt, man kämpfe um die „richtigen“ Einsichten. Darum geht es den globalen Machthabern von heute doch gar nicht. Sie wollen die Welt nach ihrem Gusto umgestalten und dazu dienen die diversen „Strukturanpassungsprogramme“ aus den neoliberalen Denkfabriken und Politikagenturen.

Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems?

Keynes war mehr als ein genialer Wirtschaftswissenschaftler. Sein Blick ging spätestens seit den 1920er Jahren über den historischen Rand der traditionellen Knappheitsökonomie hinaus. Wie frühere Autoren – etwa Hegel, Marx, aber auch Schopenhauer – erwartete Keynes vom technischen Fortschritt die Freiheit von mühseliger Arbeit, von der Angst ums Überleben und die Möglichkeit, allen Menschen den Zugang zu den kulturellen Werten und zur Entfaltung ihres genetischen Potentials als Vernunftwesen zu verschaffen. Die „Herrschaft des Geldes“ über das Leben, die Keynes als eine unwürdige, ja ekelhafte historische Notwendigkeit betrachtete, werde das menschliche Schicksal nicht auf ewig bestimmen. Keynes knüpft an empirische Befunde an, wenn er meint, dass die „Geldsucht“ und das „Geldmotiv“ keineswegs so durchgängig positiv beurteilt werden, wie das die wirtschaftsliberalistischen Ökonomen und die von der Geldgier getriebenen und profitierenden Zeitgenossen meinen, propagieren zu können. Keynes Aversion gegen die traditionelle „Liebe zum Geld“ scheint an etlichen Stellen seines Gesamtwerkes auf. Hier sei dazu abschließend eine einschlägige Passage aus dem bereits zitierten, frühen Text von 1926 in ganzer Länge wiedergegeben:

„... ich möchte Sie daran erinnern, daß die heftigsten Kämpfe und die am tiefsten empfundenen Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Jahren nicht um technische Fragen entbrennen werden, bei denen die Argumente auf beiden Seiten fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur sind, sondern um Fragen, die wir mangels eines besseren Ausdrucks als

psychologische, oder vielleicht gar als moralische, bezeichnen können.

In Europa, mindestens in einigen Teilen von Europa – in den Vereinigten Staaten von Amerika verhält es sich, glaube ich, anders – hat sich eine ziemlich verbreitete latente Reaktion dagegen geltend gemacht, die Gesellschaft in dem ausgedehnten Maße, wie sie es heute tut, auf die Pflege, Unterstützung und den Schutz der Geldsucht der Einzelnen aufzubauen. Die Tatsache, daß wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten, braucht nicht ganz *aprioristisch* zu sein, sondern kann sich aus dem Vergleich von Erfahrungen ableiten. Bei den einzelnen Menschen spielt je nach Wahl ihres Berufs das Geldmotiv eine große oder eine kleine Rolle, und Historiker können uns von anderen Phasen der Gesellschaftsorganisation berichten, in denen dieses Motiv eine viel geringere Rolle gespielt hat als heute. Die meisten Religionen und Philosophien verachten, um es milde auszudrücken, eine Lebensweise, die sich lediglich von Erwägungen persönlichen Geldgewinns leiten läßt. Andererseits lehnen die meisten Menschen heutzutage asketische Ideen ab und sind sich über die tatsächlichen Vorteile des Reichtums völlig klar. Es erscheint ihnen überdies ganz selbstverständlich, daß man ohne das Geldmotiv nicht auskommt, und sie finden, daß es – abgesehen von einigen zugestandenen Mißbräuchen – seine Aufgabe recht gut erfüllt. Folglich beschäftigt sich der Durchschnittsmensch nicht weiter mit dem Problem und hat über das, was er eigentlich denkt und fühlt, noch über diese verflixte Materie im Ganzen, irgendeine klare Vorstellung“ (Keynes, 1926, S. 115).

Die „Unklarheiten“, von denen Keynes spricht, verhindern, so meint er weiter, dass vernünftige Reformen zustande kommen und zwar auch solche, die durchaus im Interesse eines besser funktionierenden Kapitalismus lägen. Allerdings ist Keynes auch offen für Entwicklungen, die über den Kapitalismus hinaus weisen:

„Immerhin mag eine Zeit kommen,“ führt er weiter aus, „wo wir uns über die Dinge klarer sein werden als heute, wo wir darüber reden, ob der Kapitalismus eine gute oder eine schlechte Technik, und ob er an sich wünschenswert oder abzulehnen ist. Ich für meinen Teil bin der Ansicht, daß ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, daß man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verletzen“ (ebenda, S. 116).

Zusammenfassung

Das Fragezeichen am Ende der Themenformulierung, so lässt sich jetzt feststellen, könnte entfallen. Keynes ist ein Alternativer und bietet eine Alternative zum heutigen Mainstream der Wirtschaftswissenschaft. Seine Theorie gibt uns eine Anweisung, wie hoch entwickelte, reiche kapitalistische Volkswirtschaften sowohl Vollbeschäftigung erreichen können, als auch die durch den technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten eines freieren, insbesondere sozial angstfreien Daseins zu realisieren wären und dass hierin große Potentiale für den gesellschaftlichen Wohlstand enthalten sind. Keynes lehnte zwar den Marxismus ab und bekannte sich zu einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Doch weder stand er feindlich zu sozialistischen Ideen noch gehörte er zu den vehementen Verteidigern eines auf ewigen Bestand zielenden Kapitalismus. Vielmehr plädierte er für eine vernünftige Diskussion, wie ökonomische Effizienz mit den Werten eines menschenwürdigen Daseins vereinbart werden können. Keynes steht damit in der guten Tradition der Moderne – jener Tradition der Aufklärung, aus der Sozialismus und Liberalismus erwachsen.

Wir sollten aber unsere naive Hoffnung aufgeben, die wahren Machthaber der heutigen Welt seien überhaupt an Krisenfreiheit, an Vollbeschäftigung, Sozialstaat und demokratischen Verhältnissen, die immer auch mehr oder weniger sperrig für kapitalistischen Radikalismus waren und sein werden, interessiert und ließen sich durch vernünftige Argumente überzeugen. Die Kontroverse zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus ist insofern nur ein Nebenkriegsschauplatz – und das nicht nur im übertragenen Sinn.

Literaturhinweise

Soweit deutsche Übersetzungen der Texte von Keynes vorliegen, werden diese zitiert, und auf die Angabe der Quellen in der Gesamtausgabe der Keynes'schen Werke/Collected Writings wird verzichtet

- Di Tella/MacCulloch, 2006, Rafael ~/Robert ~, Some Uses of Happiness Data in Economics, in: Journal of Economic Perspectives, Bd. 20-1, Winter 2006, S. 25-46.
- Easterlin, 1974, Richard, Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: P. David/M. Reder, Hg., Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz, New York-London, S. 98-125.
- Fourastié, 1954, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, 1. A., Köln-Deutz.
- Hahn, 1947/1949, L. Albert, The Economics of Illusion, in: derselbe, The Economics of Illusion. A Critical Analysis of Contemporary Economic Theory and Policy, New York, S. 166-184.
- Heise, 2007, Arne, Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, in: Wirtschaftsdienst, Juli 2007, S. 1-8.
- Keynes, 1926, John Maynard, Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, in: Mattfelds, 1985, S. 96-116.
- Keynes, 1928/1930, John Maynard, Wirtschaftliche Möglichkeiten für unserer Enkelkinder, in: Reuter, 2007, S. 135-

148.

- Keynes, 1933, John Maynard, Nationale Selbstgenügsamkeit, in: Mattfeldt, 1985, S. 152-161.
- Keynes, 1936/2006, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10 A., Berlin.
- Keynes, 1937, John Maynard, Einige wirtschaftliche Folgen abnehmender Beschäftigung, in: Reuter, 2007, S. 149-158.
- Keynes, 1943, John Maynard, Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung, in: Reuter, 2007, S.159-164.
- Klein, 2007, Naomi, Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Mattfeld, 1985, Harald, Hg. Keynes, Kommentierte Werkauswahl, Hamburg.
- Ptak, 2004, Ralf, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Reuter, 200. Norbert, Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, 2007, Norbert, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Mit Texten zum Thema in neuer Übersetzung von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, 2.,A., Marburg.
- Walpen, 2004, Bernhard, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie, 1).
- Zinn 2007, Karl Georg. Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Gerd Peter, Hg., Grenzkonflikte der Arbeit. Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76.
- Zinn, 2006, Karl Georg, Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 4. A., Köln.
- Zinn, 2007, Karl Georg, Mit Keynes zu einer „anderen Wirtschaft“. Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie, in: Günter Krause, Hg, Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechte Wirtschaft, Berlin (Schriften 14 der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Quelle: Zinn, Karl Georg: Keynes als Alternativ(er). Vortrag in Leipzig am 29.09.07 im Rahmen des Workshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.: Neoliberalismus, Regulierter Kapitalismus, Sozialismus – Probleme und Perspektiven linker Ökonomie und Politik. Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers als Onlinetext bei praxisphilosophie.de